

empirische Material offensichtlich nicht deckt (z.B. S. 630). Zur Gänze entsteht damit ein Porträt vor allem der Königsebene, dessen Unterfütterung über weite Strecken offen bleibt.

Ganz am Ende der Untersuchung fragt der Autor urplötzlich: „Wo, so ist beispielweise zu fragen, war der Kulturbund, als im Jahr 1989 das Volk, darunter viele Intellektuelle (sic!), dem Honecker-Politbüro den Stuhl vor die Tür setzte?“ (S. 941) Da fragt sich der verdutzte Leser, der bis hierhin durchgehalten hat, welchen Grund der auf 940 vorhergehenden Seiten so mühevoll domestizierte Kulturbund, der doch nur bezweckt haben soll, „Intellektuelle in den Zwangsstaat Ulbrichts und später Honeckers zu integrieren“ (S. 941), denn gehabt haben sollte, nun gerade in dieser Situation das Gegenteil davon zu tun? Vielleicht deckt diese völlig unvermittelte Frage am deutlichsten auf, daß die vollständige Verarbeitung des respektgebietend umfangreichen Materials doch noch eine der Zukunft vorbehaltene Aufgabe ist.

Gerald Diesener

Klaus Schroeder (Hrsg.), Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen. Akademie Verlag, Berlin 1994, 434 S.

Aus der Asche überholter Wahrheiten, die sich mit der deutschen Vereinigung über die sozialwissenschaftlich orientierte DDR-Forschung der Vorwendezeit gelegt hatte, steigt der deutschen Zeitgeschichtsforschung ein ungewohnt gefiederter Phönix auf: der Kampfgelehrte. Nicht postmoderne Beliebigkeit ist sein Credo, sondern harte Auseinandersetzung: cum ira et studio ficht er mit der Feder in der Hand, um mit Wissenschaft Politik und mit Politik Wissenschaft zu machen. Ein illustratives Beispiel legte jüngst der an der Freien Universität Berlin beheimatete *Forschungsverbund SED-Staat* mit einer Aufsatzsammlung unter dem Titel „Geschichte und Transformation des SED-Staates“ vor, die im Berliner Akademie-Verlagerschien und auf ihrem Cover zum besseren Verständnis des Anliegens die um ein Marx-Engels-Denkmal in Berlin-Mitte gruppierte Forschergruppe selbst abbildet. Die auf 434 Seiten vorgestellten Beiträge und Analysen pflügen auf breitem Feld. Der Leser wird mit den Vorbereitungen der Moskauer KPD-Führung

auf die politische Arbeit im befreiten Deutschland ebenso vertraut gemacht wie mit der SED-Kirchenpolitik in den fünfziger Jahren, aber auch mit der Neuordnung der Arbeitsbeziehungen in ostdeutschen Betrieben nach 1989 und den nach Auffassung der Verfasser eher skeptisch zu beurteilenden Fusionschancen von Berlin und Brandenburg.

Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt ist die kritische Abgrenzung von der systemimmanenten DDR-Forschung der Entspannungsära, die an den wirklichen Verhältnissen in der DDR zielgerichtet vorbeiforscht habe. In der Tat: Ihre durch den unvorhergesehenen Zusammenbruch der DDR desavouierten Fehleinschätzungen zwingen Wissenschaftler zu kritischerer Selbstreflexion als Politiker, die sich immerhin auf Volkswillen und Meinungsklimata der Zeit vor 1989 im Westen berufen mögen. Eine Sozialismusforschung hingegen, die den Repressionscharakter des Regimes unter- und seine Herrschaftsstabilität überschätzte, muß sich fragen lassen dürfen, ob sie dem Zeitgeist nicht mehr geopfert hat als der Wahrheitsfindung dienlich sein konnte.

Aber macht die in diesem Sammelband repräsentierte neue DDR-Forschung es besser? Zunächst einmal hat sie bessere Akteneinsicht. Ihre Quellen schöpfen die meisten

Beiträge vorwiegend aus dem nach der Wende als unselbständige Stiftung in das Bundesarchiv überführten ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED, dessen Bestände grundsätzlich nicht der nach dem Bundesarchivgesetz geltenden dreißigjährigen Sperrfrist unterliegen. Und eben hier verbirgt sich das entscheidende Problem: Wie für sich aussagekräftig sind SED-Akten, um die Geschichte der DDR zu schreiben? *Klaus Schroeder* jedenfalls räumt den Akten des SED-Staates mehr Kredit ein als seinen Akteuren. So unzuverlässig und unglaubwürdig, wie von interessierter Seite immer behauptet werde, könnte die archivalische Hinterlassenschaft der totalitären Diktatur gar nicht gewesen sein. Denn: „Die Akten aus dem Herrschaftsapparat der SED sind nicht angelegt worden, um die zeitgeschichtliche Forschung nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes in die Irre zu führen!“ (S. 17) Wie wahr.

Um dieses Diktum ihres Herausgebers zu bestätigen, nehmen die Autoren manche Kosten in Kauf: Ihr Blick auf die Geschichte der DDR verengt sich auf traditionellste politikgeschichtliche Sichtachsen. Die soziale Realität des politischen Diktaturanspruchs, die Traditionen und Wandlungen der DDR-Gesellschaft, der tatsächliche Grad ihrer Durchherrschaft, die Einstellungen in der Bevölke-

rung, all das bleibt fast gänzlich ausgeblendet. Die so konzipierte Geschichte der DDR ist zuallererst eine Geschichte der SED, die den Menschen und ihrem Denken und Handeln nicht viel mehr Raum gibt, als die Einheitspartei ihnen zugestehen wollte. Zuweilen verengt sich die historische Rekonstruktion so auf rückwärtsgewandte Politikberatung, wenn etwa *Reinhardt Gutsche* mit der SED ins Gericht geht, weil sie in ihren Interventionsüberlegungen angesichts der Polenkrise 1980/81 ihren wenn auch geringen Spielraum nicht genutzt, sondern sich gegen ihre elementaren Eigeninteressen vergangen habe: „Die geschichtlichen Wurzeln der DDR, aber auch deren geographische Lage, von dem Mehrheitswillen der DDR-Bevölkerung nicht zu reden, hätten es der SED-Führung dringend geboten, auch nur das geringste militärische Engagement der DDR zur Niederschlagung der polnischen Opposition auszuschließen.“ (S. 178f.)

Unter solchen Vorzeichen bleibt der sachliche Ertrag der einzelnen Beiträge primär an Neuigkeitwert und Brisanz der jeweiligen Aktenfunde gebunden – Wissenschaft als „Schnitzeljagd“, wie es einer der Autoren selbst nennt. Was auf ihr schließlich zur Strecke gebracht wird, ist von sehr unterschiedlichem Kaliber: Aufschlußreich ist ein von *Peter Erler* sachkundig

kommentierter Kaderüberblick der Moskauer KPD-Führung vom Januar 1944 (aus dem Nachlaß *Wilhelm Pieck*), aus dem die durch den stalinistischen Terror dramatisch verkürzte Personaldecke der Exilkommunisten hervorgeht; weniger aufregend hingegen scheint die von *Horst Laude* und *Manfred Wilke* aus den Quellen gewonnene Erkenntnis, daß die KPD-Führung schon im März 1945 darauf hinarbeitete, ihren Einfluß in der neu entstehenden Gewerkschaftsbewegung in Deutschland geltend zu machen. Überwiegend ärgerlich aber ist, wie wenig die durch die Archivsituation gegebene Einseitigkeit der Quellenlage reflektiert, geschweige denn methodisch aufgefangen wird. *Hans Peter Müller*, der die DKP als einen Bestandteil des West-Apparates der SED betrachtet, gesteht immerhin zu, daß die seiner Untersuchung zugrundeliegenden SED-Akten nicht alle Fragen beantworten und etwa über die genauen Gründungsumstände und die definitive Namensgebung des schließlich DKP getauften Westablegers keine Auskunft geben. *Jochen Staadt* aber macht es sich zu einfach, wenn er seinen nicht unplausiblen Vorwurf, die SPD habe im Bundestagswahlkampf 1987 das wählerwirksame Entgegenkommen Honeckers bei der Eindämmung des Asylbewerberzustroms über den Flughafen

Schönefeld mit der Bereitschaft zur politischen Aufwertung der SED-Herrschaft erkaufte, ausschließlich mit Aufzeichnungen des SED-Apparats meint untermauern zu können. *Staatd* sieht eine unheilvolle Koalition von sozialdemokratischen Politikern und Historikern am Werke, die gemeinsam die unabhängige Erforschung der Beziehungen zwischen SED und SPD zu blockieren suche und ihm in der Person des stellvertretenden Vorsitzenden der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, Heinrich Potthoff, den Zugang zu westlichen Aufzeichnungen verweigert habe. Potthoff hat seine Antwort auf diese Vorwürfe unterdes selbst gegeben und in einer jüngst erschienenen Eintausend-Seiten-Dokumentation der deutsch-deutschen Politikerkontakte zwischen 1982 und 1989 dem Leser nicht nur den höchst unterschiedlichen Verlässlichkeitsgrad östlicher Aufzeichnungen über vertrauliche Unterredungen zwischen ost- und bundesdeutschen Spitzenpolitikern deutlich gemacht, sondern ihnen in breitem Umfang auch westliche Überlieferungen gegenübergestellt.

Mit Einzelfunden aus der papierenen Hinterlassenschaft der SED-Bürokratie hingegen läßt sich bekanntlich viel insinuieren. Folgte man unkritisch etwa dem Bericht, den der stellvertretende Kul-

turminister Höpcke Ende 1988 von einem Besuch in München erstattete, ließe sich unschwer selbst die Auffassung begründen, daß die wahre fünfte Kolonne der Kommunisten in der Bundesrepublik niemand anders als die CSU gewesen sein könne – angeführt von Peter Gauweiler. Denn Höpcke konnte sich in seinem Gespräch mit Gauweiler keine elf Monate vor dem Zusammenbruch des SED-Staates davon überzeugen, „daß die bayerische Regierung an der von Franz-Josef Strauß in Gang gesetzten Zusammenarbeit mit der DDR festhalte. Dies gelte auch im Gegensatz zu gewissen Schwankungen, wie sie augenblicklich in Bonn zu beobachten seien.“ Verständnis äußerte der Mann aus Bayern auch „zur DDR-Haltung gegenüber gewissen publizistischen und politischen Vorgängen in anderen sozialistischen Ländern. Er sagte: ‘Tatsächlich: Das darf es doch nicht geben, daß Sie auch noch in die Anarchie gehen.’ Nach Auffassung der bayerischen Staatsregierung müsse allen politisch Vernünftigen an einer stabilen DDR gelegen sein.“

Nun geht es in diesem Sammelband beileibe nicht um einzelne Facetten, sondern um die politische Kultur in der Bundesrepublik der siebziger und achtziger Jahre insgesamt, die der Aufkündigung des antitotalitären und diktatur-

kritischen Konsenses und der Propagierung eines gegenüber den fünfziger Jahren gewandelten DDR-Bildes angeklagt wird. *Bernd Rabehl* und *Mechthild Günther* machen gleich zu Anfang ihres Beitrags über die Umwandlung der Humboldt-Universität Berlin in eine sozialistische Hochschule klar, daß sie jedenfalls die Lektion über den Wandel des Zeitgeistes gelernt haben: „Dieser Aufsatz läßt sich von der historischen Tatsache des Zusammenbruchs des Realsozialismus in der DDR und in Osteuropa seit 1989 leiten. Dadurch laufen für uns alle Fragestellungen auf Antworten hinaus.“ (S. 180, Anm. 1)

Ganz so einfach mögen es sich offenbar nicht alle Mitautoren machen. *Klaus Schroeder* und *Jochen Staadt* fahren in ihrem Versuch, die systemimmanente DDR-Forschung der Vorwendezeit moralisch wie wissenschaftlich zu attackieren, schwereres Geschütz auf. Mit anderen Kampfgelehrten teilen sie die Vorliebe für argumenta ad hominem. Einem Kollegen widmen sie sich ganz besonders: dem Zeitgeschichtler Lutz Niethammer. Über ihn zitieren *Schroeder* und *Staadt* eine Einschätzung der ZK-Abteilung Wissenschaften, „daß er zu denjenigen BRD-Historikern gehört, von denen am ehesten erwartet werden kann, von bestimmten Klischeebildern über KPD, SED

und DDR abzurücken.“ (S. 352) Niethammer – ein nützlicher Idiot der Kommunisten, ein fellow traveller? Gerade nicht, wie das ZK-Papier unterstreicht: Niethammer, so heißt es in der dem Zitat vorausgehenden Passage, nahm in allen „Gesprächen und Diskussionen eine Position ein, die erkennen ließ, daß er fest auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der BRD steht. Er ist jedoch bemüht – trotz grundlegender politischer und ideologischer Unterschiede und deutlich artikulierter Gegensätze –, einen konstruktiven Dialog mit den Historikern der DDR herzustellen, um damit nach seinen eigenen Worten einen Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten.“ Nur: Diese Passage enthalten die Autoren ihren Lesern vor. Eben diese Praxis meinte der Verband der Historiker Deutschlands, als er auf seiner Leipziger Tagung 1994 in einer Resolution vor Enthüllungshistoriographie und leichtfertigem Quellenumgang warnte.

Was der Einband verspricht, nämlich in der Geschichte des SED-Staates auch seine Transformation deutlich zu machen, kann der Inhalt nicht einlösen. Über die vierzigjährige Stabilität eines ostdeutschen Teilstaates, der nicht nur auf der Gewalt der in ihm aufgepflanzten Bajonette beruhte und dann doch unvermutet zusammenbrach, erfährt der Leser wenig. Desto mehr

erhält er Anschauungsunterricht über die Usancen der erbittert gewordenen Auseinandersetzung um die zeithistorische Deutungshoheit.

Welches Prädikat verdient sich der *Forschungsverbund SED-Staat* mit diesem Tun? Die Antwort gibt als Außenstehender der Berliner Zeithistoriker *Peter Steinbach*, dessen Anfang 1993 vor der Historischen Kommission zu Berlin zum Thema Vergangenheitsbewältigung in vergleichender Perspektive gehaltenes Referat als Schlußbeitrag in den Band aufgenommen wurde. In ihm heißt es: „Vergangenheitsbewältigungsdiskussionen werden nicht selten inszeniert, um politische Konstellationen zu verändern, Gegner zu diskreditieren und gute Ausgangspositionen für künftige Konflikte zu schaffen.“ (S. 398)

So ist es.

Martin Sabrow

René Klaff, Konfliktstrukturen und Außenpolitik im Nahen Osten: Das Beispiel Syrien. Duncker & Humblot, Berlin 1993, 381 S.

Monographien über die Außenpolitik von Staaten des Vorderen Orients, die in adäquater Weise deren vielfältige innenpolitische, regionale und internationale Bestimmungsfaktoren aufarbeiten, sind selten. Schon deshalb gebührt dem ambitionösen Versuch *René Klaffs*, die strukturellen Determinanten der syrischen Außenpolitik herauszuarbeiten, besondere Anerkennung.

Klaff bietet in der veröffentlichten Fassung seiner Dissertation mehr, als der Titel „Konfliktstrukturen und Außenpolitik im Nahen Osten: Das Beispiel Syrien“ verspricht, denn über den syrischen Fall hinaus werden eine Großzahl von regionalen Konfliktlinien und von Politiken anderer Akteure beschrieben. Dies macht schon ein Blick auf die Gliederung des Buches deutlich. Teil A beginnt mit einem (freilich sehr knappen) Theorieteil über die Grundstrukturen außenpolitischen Verhaltens unter der Bedingung eines anarchischen Staatensystems. Dem schließt sich eine ausführliche Bestimmung des Begriffs der Region des Nahen Ostens an. Es folgt eine Beschreibung zentraler Konflikt-